

KOMMENTAR



WIDER DIE MAULKÖRBE

Es ist eine Zölibatsdebatte im Gange. Schon wieder. Die wird nun immer wieder einmal geführt, mit unterschiedlicher Vehemenz. Diesmal allerdings hat ein hochrangiger Kirchenvertreter mit ungewohnter Schärfe versucht, die Diskussion zu unterbinden.

Der neue deutsche Kurienkardinal Walter Brandmüller war es, der sich jüngst die Einmischung von Politikern in innerkirchliche Themen verbat. Zuvor hatten führende CDU-Politiker, darunter Bundestagspräsident Norbert Lammert und Bundesbildungsministerin Annette Schavan die Bischöfe aufgefordert, sich in Rom für die Priesterweihe der sogenannten viri probati einzusetzen. Brandmüller hielt mit scharfen Worten dagegen, er sprach von einer Kampagne, von einer Beleidigung der ehelos lebenden Priester und gar Jesus Christus selbst.

Nun muss man in dieser Frage gar nicht einer Meinung sein. Für beide Positionen gibt es Argumente. Brandmüller spricht von der apostolischen Tradition, die CDU-Politiker befürchten einen Priestermangel, dem sie der

Aufhebung des Pflichtzölibats entgegenwirken wollen. Der Austausch dieser Argumente jedoch, der muss erlaubt sein. Schon wegen seiner Komplexität ist das Thema viele Diskussionen wert. Auch öffentlich. Gerade öffentlich.

Die Kirche in Deutschland hat ein schwieriges Jahr hinter sich, auch in medialer Hinsicht. Die Aufdeckung der zahlreichen Missbrauchsfälle löste eine schwere Krise aus, die Kirche machte viele negative Schlagzeilen. Aber – auch wenn es mancher Kirchenvertreter nicht einsehen wollte – diese Debatte musste öffentlich geführt werden. Die Täter mussten benannt, die Fälle aufgeklärt werden. Und damals zeigte sich, dass Verschweigen und Vertuschen der falsche Weg war.

Diese Einsicht ist inzwischen auch innerkirchlich weit gediehen, mancher Bischof fand sehr deutliche Worte und dadurch auch große Anerkennung in der Öffentlichkeit.

Missbrauch und Zölibat, das sind zwei sehr verschiedene Debatten, aber eines gilt für beide Fälle: Die Kirche braucht eine gewisse Offenheit und muss damit aufhören, jeden Kritiker

sofort als Gegner zu verstehen. Natürlich wird sich die Kirche nicht von der Politik dreinreden lassen, genausowenig von Journalisten. Aber die Strategie darf nicht sein, möglichst wenig Informationen nach außen dringen zu lassen, sondern, im Gegenteil, die Standpunkte möglichst klar zu kommunizieren. Statt Kommunikation zu verhindern, muss sie verbessert werden.

Von einem Austausch kann die Kirche profitieren. Die Sorge der CDU-Politiker um den Priestermangel zeugt doch auch von einer Sorge um die Kirche. Solange über sie gesprochen wird, solange wird sie wahrgenommen, solange interessiert es jemanden, was in der Kirche passiert. Eine Volkskirche sollte dem Volk nicht die Tür zusperren, auch wenn es mal mit unangenehmen Fragen kommt.

Umgekehrt mischen sich die Kirchenvertreter schließlich auch ein. So mancher Bischof kommentiert gerne die politischen Entscheidungen der Bundesregierung und beschränkt sich längst nicht auf kircheninterne Themen.

Katja Auer

Alle früheren Vorstandskommentare finden Sie

im Internet: www.gkp.de/Kommentare/Kommentare.php